Breslauer Zeitung.

Vierteljähriger Abonnementspreis in Breslau 2 Thlr., außerhalb incl. Porto 2 Thlr. 11¼ Sgr. Insertionsgebühr für den Raum einer fünftheiligen Zeile in Petitschrift 1¼ Sgr.

Expedition: Herrenstraße Nr. 20. Außerdem übernehmen alle Post-Anstalten Bestellungen auf die Zeitung, welche Sonntag und Montag einmal, an den übrigen Tagen zweimal erscheint.

Nr. 84. Mittag-Ausgabe. Vierundvierzigster Jahrgang. — Verlag von Eduard Trewendt. Donnerstag, den 19. Februar 1863.

Telegraphische Depeschen und Nachrichten.

Wien, 18. Febr. Die „Generalcorrespondenz für Oesterreich" enthält folgende Erklärung auf die durch die „Europe" veröffentlichte Circulardepesche des Ministerpräsidenten v. Bismarck, betreffend die beabsichtigte Zusammenkunft zwischen ihm und dem Grafen Rechberg. In unterrichteten Kreisen kennt man die Bedingung besser, von welcher der österreichische Minister die Sistirung der Verhandlungen in Frankfurt und eine Zusammenkunft mit Hrn. v. Bismarck abhängig machte. Man weiß, daß diese mit größter Bestimmtheit aufgestellte Bedingung die war, der damals vorliegende unvollständige Vorschlag zur Reform der Bundesverfassung müsse durch eine gemeinsame Initiative Oesterreichs und Preußens zu umfassender Berathung der Frage organischer Reform ersetzt und überflüssig gemacht werden. Man weiß ferner, daß das preußische Cabinet auf diese Bedingung sich nicht einlassen wollte. Es muß bedauert werden, daß Mittheilungen, die mit so viel Anspruch auf Glaubwürdigkeit auftreten wie die in Rede stehende, aus der Zeitgeschichte eine octroyirte Fabel zu machen suchen.

Krakau, 18. Febr. Die Insurgenten, die gestern die Stadt Miechow angegriffen, haben durch das Kanonenfeuer der russischen Besatzung große Verluste erlitten. Mehr als 300 Insurgenten sind gefallen und eben so viele sind verwundet worden. In den hiesigen Spitälern sind viele der Letzteren aufgenommen worden.

Paris, 18. Febr. Die „Patrie" sagt: Drei hier studirende Polen, Pronczkowski, Hoperczynski und Deckowski, die sich nach Polen auf den Weg gemacht, sind, so sagt man, in Thorn arretirt und von den preußischen Behörden an Rußland ausgeliefert worden; zur Ehre Preußens wollen wir nicht daran glauben.

Itzehoe, 18. Febr. In der heutigen Schlußverhandlung über den Adreßentwurf sprachen Thomsen, Schrader, Wiggers in entschieden schleswig-holsteinschem Sinne. Nachdem der Präsident die Discussion geschlossen, erklärte der königl. Commissarius, daß die Adresse nicht würde entgegen genommen werden. Gleichwohl wurde bei der Abstimmung der Entwurf einstimmig genehmigt.

London, 17. Febr. In der heutigen Sitzung des Oberhauses vertheidigte Earl Russell dem Grafen Derby gegenüber die seitens der Regierung in der brasilianischen Angelegenheit gethanenen Schritte. Lord Normanby kritisirte das italienische Blaubuch und behauptete hierbei, Lord Palmerston habe 1849 die Besetzung Roms durch die Franzosen gebilligt. Russell wies das Gegentheil nach.

Im Unterhause erwiderte Lord Palmerston auf eine Interpellation Bentinck's, die Regierung habe über die Aufhebung der Blokade des Hafens von Charleston keine Nachrichten und müsse daher ihre Meinungsäußerung reserviren. — Auf eine Interpellation Roebuck's erwiderte der Premier, es seien keinerlei Vorstellungen irgendwelcher Regierung betreffs der jonischen Inseln eingetroffen.

Paris, 17. Febr. „France" meldet, die Adeligen des Königreichs Polen hätten den Adeligen in Galizien sagen lassen, letztere möchten nichts thun, was die Ausübung der ihnen durch die österreichische Verfassung gegebenen Freiheiten gefährden könnte.

Preußen.

Landtags-Verhandlungen.

14. Sitzung des Hauses der Abgeordneten. (18. Febr.)

Präsident Grabow eröffnet die Sitzung um 12½ Uhr. Nach Bewilligung einiger Urlaubsgesuche und der Mittheilung, daß die Commission zur Berathung des gestern eingebrachten Gesetzentwurfes über die Bergwerkshilfskassen sich unter Vorsitz des Abg. v. Carnall constituirt, wird in die Tagesordnung eingetreten. Der erste Punkt derselben ist die Interpellation betreffend die angeblich von der Staatsregierung mit Rußland abgeschlossene Convention. Auf Anfrage des Präsidenten erklärt der Ministerpräsident v. Bismarck, daß die Regierung die an sie gerichtete Interpellation nicht beantworten werde (Sensation). — Auf Antrag des Abg. Parrisius wird gleichwohl eine Discussion über die Interpellation eintreten, wie dies nach der Geschäftsordnung zulässig ist.

Abg. v. Unruh: Trotzdem die Staatsregierung es abgelehnt hat, auf die von uns gestellte Interpellation zu antworten, liegt für das Abgeordnetenhaus doch Grund genug vor, um über den Gegenstand derselben sich auszusprechen. Wie die öffentlichen Blätter mittheilen und wir von den Abgeordneten der den polnischen Provinzen benachbarten Landestheile hören, herrscht in den von einer Bevölkerung gemischter Nationalität bewohnten Theilen Preußens keine irgendwie erhebliche Bewegung. Gleichwohl hat die Regierung zu zwei Armee-Corps die Reserven eingezogen, sich kriegsbereit gemacht, was nach der gegenwärtigen Heeresreorganisation einer Mobilmachung im früheren Sinne gleichkommt. Andere, obwohl minder sichere Berichte sprechen von der Kriegsbereitschaft noch zwei anderer Armee-Corps. Preußen hat also wegen der polnischen Bewegung seine halbe Armee mobil gemacht, aus einer nicht größeren Veranlassung, als sie vorliegt, wenn man ein Dorf anzündete, um einen Brief zu verbrennen. (Sehr richtig!) Unter diesen Umständen waren wir es uns und dem Lande schuldig, über diese Frage uns auszusprechen, wenn wir uns auch keinen Einfluß auf die gegenwärtige Staatsregierung davon versprechen durften. Was Preußen dem polnischen Aufstande gegenüber zu thun hatte, kann meines Erachtens sich nur nach zwei Rücksichten entscheiden: einmal nach der Bedeutung des Aufstandes an sich, ob die Möglichkeit oder gar Wahrscheinlichkeit vorhanden ist, daß die polnischen Provinzen sich von Rußland losreißen werden, um sich als selbstständigen Staat zu constituiren, und wie sich dieser Eventualität voraussichtlich dann Preußen gegenüber stellen würde; zum anderen aber nach der russischen Politik an sich und namentlich gegenüber Preußen.

Was die erste Rücksicht angeht, so liegt, glaube ich, für die preußische Regierung in dem polnischen Aufstande kein Grund zu einer Einmischung für Rußland; denn es steht in Polen keine organisirte Insurrectionsarmee gegen Rußland, welches dagegen über eine der größten Armeen Europas gebietet. In Bezug auf die andere Rücksicht aber, die russische Politik, hat jede gesunde Politik doch zuerst zu fragen: was haben wir von einem Nachbar wie Rußland zu fürchten, was zu hoffen? Für mich selbst ist Rußland nie das Schreckbild gewesen, das man so gern aus ihm gemacht hat; ich traue Rußland nicht diejenige intensive Kraft zu, welche nöthig ist, um allein der Politik seiner Nachbarn mit Erfolg entgegenzutreten: Preußen ist allein stark genug, um eine selbständige Politik Rußland gegenüber zu verfolgen. Aber die russische Politik ist eine sehr weitsichtige und unterscheidet sich dadurch sehr vortheilhaft von unserer äußeren Politik (Bravo links); es verfolgt seine Ziele Menschenalter weit hinaus. Nun ist aber die russische Politik Preußen gegenüber doch ganz klar. Sie geht davon aus, daß ein Preußen etwa von 14 bis 18 Millionen Einwohnern, welches seine Politik von Rußland abhängig macht, welches ihm jeden Freundschaftsdienst bereitwillig leistet, eine sehr erwünschte und bequeme Schutzmauer für Rußland ist. Dagegen ein Preußen mit einer selbständigen Großmachtspolitik ist nie das Ziel der russischen Politik gewesen und kann es auch in Zukunft nicht sein. Diese Wahrnehmung geht deutlich hervor aus dem Benehmen Rußlands im Jahre 1806 und 1807, wo es Preußen seine Hilfe nur soweit leistete, um dasselbe nicht völliger Auflösung und Vernichtung anheim fallen zu lassen, und es daneben nicht verschmähte, sich nach dem Falle Preußens an diesem als willkommener Beute zu bereichern.

Ebenso hat Rußland sich uns gegenüber auf dem wiener Congresse benommen, wo es sich entschieden gegen jede Vergrößerung Preußens zu einem selbstständigen Staate gestemmt hat. Denn Rußland hatte es kennen gelernt, daß Preußen schon unter Friedrich d. Gr. im Stande gewesen war, seine orientalische Politik selbstständig zu durchkreuzen. Nicht anders war die Politik in den Jahren 1849 und 1850, wo es in ein Einschreiten Preußens in Schleswig-Holstein nicht hat einwilligen wollen, wo es durch seinen Beistand, den es Oesterreich geleistet, am Meisten dazu geholfen hat, Preußen den Weg nach Olmütz zu führen. (Sehr richtig.) Ist nun also die russische Politik gegen Preußen ganz klar, so ist es unverständlich, wenn die preußische Politik sich dem Benehmen Rußlands anpaßt. Preußen hat daher im Jahre 1831 einen schweren Fehler begangen: es hatte damals keine Veranlassung, einer Schwächung Rußlands entgegenzutreten, und am allerwenigsten, Rußland seine Hilfe in jener gutmüthigen deutschen Weise zu leisten, ohne daraus einen Erfolg für sich zu ziehen, ohne selbst die Gelegenheit zu benutzen, die Sperrung der preuß. Grenzen gegen das russische Polen endlich in Wegfall zu bringen. Damals waren die Verhältnisse noch ganz andere als heute: die Lage der polnischen Insurrection war damals eine viel günstigere, und die Frage lag näher, was die Folge für Preußen sein würde, wenn der Aufstand Erfolg hätte?

Damals stand Preußen noch in sich einig dem Auslande gegenüber; damals saß in Frankreich ein Bourbon auf dem Thron, den zu behaupten er große Mühe hatte. Jetzt dagegen nimmt denselben Thron ein Napoleon ein, und wenn ich auch nicht einer Politik das Wort reden will, die sich von Furcht vor Frankreich leiten läßt, wenn ich auch glaube, daß, wenn Preußen richtige Ziele verfolgt, es auf die Gegnerschaft Frankreichs wohl ankommen lassen darf, so ist doch ganz gewiß Rücksicht auf die französische Politik geboten, wenn eine Regierung auf so gefährlichen Wegen sich befindet, wie jetzt die preußische, und wenn überdies auch ein Einspruch Englands, wie verlautet, gegen die preußische Politik bereits erfolgt ist. Frankreich aber schweigt vielleicht nur so lange, bis wir hinreichend in Polen engagirt sind, bis kein anderer Weg, als der nach Olmütz mehr freistehe. (Sehr wahr!) Denn in der That, wer die Stimmung des französischen Volks und namentlich in Paris kennt, wird zugeben, daß es für Frankreich keinen besseren Vorwand gegen Preußen giebt, als dessen Engagement zu Ungunsten der Polen in Rußland, und die französische Regierung kann ein solches Engagement nicht zulassen, ohne die größten Schwierigkeiten von ihrer eigenen Bevölkerung zu fürchten. (Sehr richtig!) Es liegt also dringende Veranlassung vor, sich nicht in eine Politik zu verwickeln, die geradezu gefährlich ist, namentlich im gegenwärtigen Moment. Wenn einmal unter einer liberalen Regierung Frankreich entgegen getreten werden soll, dann wird das preußische Volk zu seiner Regierung stehen, und dann wird unser einziger Alliirter, das deutsche Volk (Bravo!) uns nicht fehlen, wenn wir eine liberale deutsche Politik verfolgen.

Wenn ich nun noch einen Titel suche, auf den sich die preußische Regierung bei der Convention mit Rußland stützt, so bin ich, einen solchen zu finden, in der That verlegen. Es widerstrebt meinem Gefühl, anzunehmen, daß die preußische Regierung sich hier von der sogenannten Solidarität der conservativen Interessen leiten lasse, die doch nichts anders bedeutet, als daß absolutistisch gesinnte Regierungen sich verständigen, um jeder berechtigten Bewegung des Volkes vereint mit den Waffen entgegenzutreten. Ich mag es aber auch der Regierung eben so wenig zur Last legen, daß sie eine äußere Verwicklung sucht, um dadurch der innern Herr zu werden. Freilich wird eine solche Vermuthung dadurch begründet, daß Herr von Bismarck erst neuerdings seine Ueberzeugung ausgesprochen hat, daß die Landesvertretung die verlangten Gelder doch bewilligen werde, wenn die auswärtigen Verhältnisse sie nöthig machten. Ich aber habe zu diesem Hause das Vertrauen, daß es zu einer solchen aggressiven Politik diesem Ministerium auch nicht einen Thaler bewilligen wird. (Lebhafter Beifall.)

Minister-Präsident v. Bismarck-Schönhausen: M. H., es ist sehr leicht, die Regierung anzugreifen, wenn man ihr Absichten unterlegt und an diese Absichten Conjecturen und Betrachtungen knüpft, ohne sich vorher zu vergewissern, ob die Regierung diese Absichten hat. Der Herr Vorredner hat die Politik der Regierung eine kurzsichtige der russischen Politik gegenüber genannt; ich würde mich gern von der reifen Erfahrung und der tiefen Sachkunde des Herrn Vorredners belehren lassen und mich deshalb einer vertraulichen, weniger durch die Oeffentlichkeit gestörten Besprechung, wenn er mir dieselbe gönnen will, nicht entziehen. Im Uebrigen will ich mit ihm über das Maß derjenigen Epitheta, die wir uns hier beizulegen haben, nicht rechten, möchte aber darauf aufmerksam machen, daß für Schmähungen der Regierung dem Auslande gegenüber sich gewisse Grenzen empfehlen. Ich will mir nur einige thatsächliche Berichtigungen erlauben. Der Herr Vorredner hat gesagt, wir hätten die Hälfte der Armee mobil gemacht; wir haben gar nicht mobil gemacht, es sind die Reserven nur für die Infanterie eingezogen, für die Kavallerie nicht; auch nicht ein Augmentationspferd ist gekauft worden. Von diesen Truppen werden die meisten zu Besatzungen der Festungen verwendet, und ich weiß kaum, ob weniger zum Schutze der Grenzen geschehen konnte. Wenn wir nichts gethan hätten, dann hätte ich wiederum die Deklamationen über die kurzsichtige Regierung hören mögen, die wir dann zu hören bekommen hätten.

Wie groß das Maß der zum Schutze der Grenzen nothwendigen Truppen sein muß, darüber kann man streiten; aber man muß bedenken, daß in der dortigen Gegend bei dem Mangel an Eisenbahnen die Truppen 14 Tage gebrauchen, um bis an die Grenze zu gelangen. Welchen Umfang in diesen 14 Tagen der polnische Aufstand nehmen kann, weiß Niemand zu sagen und wir glaubten besser zu thun, wenn wir einige 100,000 Thlr. zum Schutze der Unterthanen verausgabten, als wenn wir tausende von preußischen Unterthanen, wenn auch nur vorübergehend, in die Lage gerathen ließen, in welcher sich heute polnische Unterthanen befinden. Ich kann mich hier auf eine akademische Diskussion über auswärtige Politik nicht einlassen, und die Herren werden ermessen, daß ich als Minister des Auswärtigen dem Vorredner auf dieses Gebiet nicht folgen kann. Nur das will ich bemerken, daß es in dieser ganzen Sache nicht auf russische Politik, sondern lediglich auf das Verhältniß Preußens zu der polnischen Insurrektion ankommt. Daß Rußland keine preußische Politik treibt, weiß Jeder; es hat auch keinen Beruf dazu. Noch eine Thatsache will ich berichtigen. Der Vorredner hat geäußert, daß von irgend einer auswärtigen Macht uns Rathschläge in der angeregten Sache zugegangen seien. Wir haben deren weder erhalten, noch erwarten wir sie.

Abg. Dr. Waldeck: Der Herr Ministerpräsident hat uns zwar einige Mittheilungen über die Einziehung der Reserven gemacht, aber nicht über den Gegenstand der Interpellation, über eine mit Rußland abgeschlossene Convention, die uns die Hände binden kann. Da wir den Inhalt nicht kennen, so können wir uns kein Urtheil darüber bilden, aber aus der Ablehnung der Beantwortung folgt, daß irgend so etwas, wie eine Convention existirt, sonst würde uns der Herr Ministerpräsident mit einem einfachen Nein geantwortet haben, was allein der Ehre Preußens angemessen wäre (hört, sehr wahr links). Ich kann mir von einer Convention weder staatsrechtlich noch politisch eine Vorstellung machen. So etwas ist selbst in vormärzlichen Zeiten nicht erhört gewesen, daß preußische Truppen einer auswärtigen Macht bei einem Aufstand zu Hilfe gekommen wären. Eine solche Convention steht außerhalb aller staatsrechtlichen Begründung, sie ist gar nicht zu vergleichen mit einem Bündniß, das mit einem Staate gegen auswärtige Feinde abgeschlossen ist (sehr wahr, links), sondern sie bereutet das Hinüberführen von Gendarmen und Polizisten nach einem Staate, der bisher nur von Gendarmerie und Polizei gelebt hat. (Herr v. Bismarck verläßt den Saal.) Und dies geschieht von einem Staate, der an der Spitze der Kultur in Europa steht, den man sonst den Staat der Intelligenz genannt hat, der den Beruf hat, der Führer Deutschlands zu sein. (Hört.) Wem darüber nicht die Schamröthe ins Gesicht steigt, der ist nicht werth ein Preuße zu sein, der versteht die Mission Preußens nicht. (Bravo links, oho rechts.) Die Partei, welcher der Herr Ministerpräsident angehört, hat gegen das Votum dieses Hauses, gegen den Ausspruch des Kriegsministers v. Bonin, Rußland im orientalischen Kriege Hilfe leisten wollen. Wenn auch das vielleicht noch zu rechtfertigen sein könnte, was wäre dagegen die jetzige Hilfeleistung als Gendarmerie-Execution? (Hört.)

Bei der Beantwortung der Interpellation des Abg. Kantak hat der Ministerpräsident gesagt: es existire eine Insurrektion, die darauf gehe, das Königreich Polen wieder herzustellen. Da wir auch ein Stück von Polen haben, so müssen wir helfen, die Insurrektion niederzuschlagen." Dies scheint mir die einzige Auffassung, welche staatsrechtlich über die Worte des Ministerpräsidenten möglich ist, wenn überhaupt bei denselben an eine staatsrechtliche Auffassung gedacht werden kann. (Heiterkeit.) Ich frage, was für Theile von Polen besitzen wir denn? Ein großes Stück Polen haben wir durch die höchst ungerechtfertigte Intervention d. J. 1795, welche der Geschichtsschreiber Raumer genügend blamirt hat, erlangt. Wir haben es aber für die Russen erlangt. Auf dem wiener Congreß hat Rußland das Herzogthum Warschau für sich erobert, wir haben augenblicklich nur ein kleines Stück von Polen, und es ist nach meiner Ueberzeugung keine Gefahr, daß sich die Insurrektion auf dies Stück, d. h. auf Westpreußen, auf die Netzedistrikte, auf das Großherzogthum Posen erstrecken wird. Polen wird uns gesichert durch unsere bessere Verwaltung und durch unser Militärsystem, wie es bis jetzt war (Hört!) Wir haben kein Militärsystem, nach welchem die Leute des Nachts aus den Betten geholt werden, nach welchem zum Tode begnadigte ins Militär eingesteckt werden (Hört!) Freuen wir uns, daß dem so ist. — Wenn Rußland hermetisch unsere Grenzen verschließt, unsern Handel ruinirt, wie kann man da ein Interesse für Rußland rechtfertigen? Es ist hier nicht die Rede von einer organisirten Insurrektion. Diese würde in den Städten angefangen haben. Der jetzige Aufstand existirt nur auf dem platten Lande. Ist ein solcher Aufstand unseren Grenzen gefährlich? (Herr v. Bismarck tritt wieder in den Saal) Aber kehren wir zu dem zurück, was wir der Staatsregierung vorzuwerfen haben. Der Herr Ministerpräsident behandelt uns jetzt so in der äußeren Politik, wie er uns bisher in der innern behandelt hat. (Sehr wahr.) Wenn wir im Budget eine Summe nicht bewilligen, so sagt er, ich gebe sie doch aus. (Hört!)

Wird eine Convention abgeschlossen, die unsere Kinder in den Krieg führen, unser Vermögen belasten kann, so legt er sie uns nicht vor. (Hört.) Ist es eine Kleinigkeit, wenn unsere Söhne als Schergen des Absolutismus in den Kampf ziehen müssen? (Hört links, Unruhe rechts.) Die ganze civilisirte Welt muß dies mißbilligen; Oesterreich wird es mißbilligen, das englische Parlament hat es bereits gemißbilligt, auch Frankreich wird seine Mißbilligung aussprechen. (Sehr wahr.) Sollen wir einer solchen Politik unsre besten Kräfte opfern? **Das ist das System, welches der Kurfürst von Hessen im vorigen Jahrhundert befolgt hat, als er seine Söhne nach Amerika verkauft hat.** (Lautes Bravo links, Oho und große Unruhe rechts.) **Für frivole Pläne ist das Blut der preußischen Staatsbürger nicht da; es soll nicht in die Schanze geschlagen werden** ad libitum **des jetzigen Ministeriums.** (Anhaltendes Bravo links.) Hier zeigt sich wieder diese Politik, die nichts weiter sein soll, als eine Illustration der Armee-Reorganisation. Wie weit geht jetzt die Einziehung der Reserve? Endigt sie mit 5 Jahren? Nur bei entstehendem **Kriege** soll nach dem Gesetz von 1814 die Reserve eingezogen werden. **Das Blut unserer Söhne soll nicht verspritzt werden für eine willkürliche Politik zu Gunsten einer fremden Macht, nicht deshalb, damit der Absolutismus in Rußland länger daure.** (Bravo) In Rußland selbst herrscht seit Emancipation der Bauern ein anderer Geist. Der Kaiser Alexander hat große Reformen begonnen, er hat das alles gethan unter dem größten Widerstreben der Partei, deren Coryphäe der Ministerpräsident ist. (Große Heiterkeit.) Sollen wir auch den Absolutismus in Rußland wiederherstellen? Welche andere Rolle hätte Preußen, wenn es Rußland freundschaftliche Warnungen ertheilt hätte, daß es seine Militäraushebengen unterlasse. Preußen würde dann vielleicht einen anderen Erfolg erzielt haben, als die übrigen Mächte. Daß dergleichen bei uns nicht geschehen wird, darüber sind wir uns klar, aber es heißt nicht das Land schmähen, nicht die Regierung schmähen, wenn man offen ihre Fehler aufdeckt, das heißt sie stärken. Wenn der Ministerpräsident die Convention nicht vorlegen will, so möge sie durch unser heutiges Wort **als den Interessen Preußens zuwider, als ungegründet in dem Völkerrecht, als unerhört in der Geschichte verurtheilt werden.** (Stürmisches Bravo. Als auch von den Tribünen lautes Bravo ertönt, erklärt der Präsident, daß er, wenn dies sich wiederholen sollte, die Tribünen räumen lassen würde.)

Ministerpräsident v. Bismarck-Schönhausen: Ich will nur durch eine factische Berichtigung die Bemerkung des Herrn Vorredners in Bezug auf das Verhältniß der Reserven aufklären. Die Reserven sind eingezogen vollkommen nach den jetzt noch bestehenden gesetzlichen Bestimmungen. Der Hr. Vorredner hat sich dahin ausgesprochen, er hätte auf die Interpellation dasjenige „Nein" erwartet, welches allein der Ehre Preußens entsprochen hätte. Ich glaube für die Ehre Preußens mindestens so viel Sinn zu haben, wie der Abg. Waldeck, und glaube dies in reichem Maße bethätigt zu haben durch meine Vergangenheit und durch die Gegenwart. Mir fällt bei dieser Gelegenheit ein Vorgang im englischen Parlamente ein, auf welches ja immer Bezug genommen wird. Es handelte sich um die Abschaffung der Monopole und einer der englischen Staatsmänner äußerte: Das schädlichste Monopol sei dasjenige der politischen Einsicht und Tugenden, welches einzelne Parteimänner sich beizulegen liebten (Bravo). — (Der Minister v. Bodelschwingh ist inzwischen eingetreten.)

Abg. Reichensperger (Geldern.): Er bedaure nicht so lebendig, wie der Herr Vorredner, das Schweigen der Regierung, denn er schließe daraus, daß die Thatsachen noch nicht so abgeschlossen seien, wie man meine. Auch die Bedenken gegen das bisher Geschehene theile er nicht; die Truppenconcentrationen an der Grenze seien im vollen Interesse der preußischen Staatsangehörigen (Bravo von den Altliberalen). Was der Vorredner aber gethan, die preußische Geschichte der Vergangenheit gewissermaßen der Gegewart als Muster des Abscheu's vorzuführen, das sei seines Erachtens weder politisch noch patriotisch. (Oho zur Linken). Die Annahme, als solle die preußische Armee eine Rolle übernehmen, wie einst Hessens Landeskinder sie gespielt, weise er als eine ganz unmögliche zurück. Der Redner geht auf die Aussichten, welche der polnische Aufstand habe, über. Er begreife sehr wohl die Sympathien der preußischen Polen für denselben, aber sie sollten die Lehren der Geschichte darüber nicht außer Acht lassen. Er habe deshalb auch die Entrüstung nicht gebilligt, welche neulich hier gegen die Ausdrücke der Proklamation des Generals von Werder laut geworden; kein preußischer Pole habe sie auf sich zu beziehen, und er habe die Vorfälle im Nachbarlande stets nur als eine Revolution zu betrachten. Er wünsche, daß diese Besprechung dazu beitragen möge, daß der Geißel der Revolution an der preuß. Grenze Einhalt gethan werde. (Der Redner ist sehr schwer verständlich gewesen.)

Abg. Dr. Virchow: Er habe die Interpellation nicht unterschrieben, weil er voraussehen zu können glaubte, daß der Minister-Präsident die Antwort ertheilen werde, die er ertheilt habe. Den Antrag auf eine Besprechung der Interpellation habe er unterstützt, weil er glaubte, dabei gewisse bessere Intentionen des Ministerpräsidenten unterstützen zu können. Er gehe davon aus, daß schon vor längerer Zeit in ganz gut unterrichteten Kreisen die Ansicht verbreitet war, daß die Maßregeln nicht aus dem Vorschlage des Hrn. Ministerpräsidenten hervorgegangen seien, sondern aus Kreisen, die sich neben der Regierung befänden. Man sei schon gewöhnt, die Existenz solcher Einflüsse anzuerkennen; man habe sie Militärkabinet genannt, und er sei der Ansicht gewesen, daß es diese Einflüsse waren, welche den Hrn. Ministerpräsidenten in eine so unhaltbare Position hinabdrängten. In den heutigen Nachrichten finde sich ein aus dem „Czas" übernommener Artikel, welcher die Ansicht bestätige, die schon seit mehreren Tagen von Mund zu Mund getragen werde, daß nämlich unsere Regierung ohne einen Antrag der russischen Regierung abgewartet zu haben, militärische Gesandte nach Petersburg und Warschau geschickt habe, um eine Hilfe anzubieten, die gar nicht gefordert gewesen. Es werde natürlich sehr schwer sein, zu constatiren, ob diejenige Depesche, welche von den Aufständischen aufgefangen, authentisch sei oder nicht. Es erscheine ihm als eine Pflicht der Regierung, in diesem Punkte dem Lande gegenüber eine größere Klarheit zu verbreiten, als es bis jetzt geschehen sei. Die Nachrichten, die man bis jetzt erhalten habe, lauteten dahin, daß die königl. Staatsregierung sich nicht nur das Recht ausgemacht habe, die russischen Grenzen zu überschreiten, sondern daß auch der russischen Regierung das Zugeständniß gemacht worden, die preußische Grenze zu überschreiten und auf preußischem Gebiete Krieg gegen die Insurgenten zu führen.

Es wäre gewiß wünschenswerth, wenn der Ministerpräsident hierauf wenigstens mit „Nein" geantwortet hätte. Das Haus habe gewiß eine verfassungsmäßige Berechtigung, danach zu fragen, und wolle er in dieser Beziehung nur auf Art. 48 der Verfassung hinweisen. Nach diesem Artikel stehe dem Könige allerdings das Recht zu, Krieg zu erklären und Frieden zu schließen, auch Verträge abzuschließen, aber es gehöre dazu die Zustimmung der Kammer, sobald dem Staate dadurch Verpflichtungen auferlegt würden. Dies sei nun wohl hier in hohem Maße der Fall, wenn z. B. die Reserven einberufen würden. Die Reserven dürfen nur im Fall eines entschiedenen Krieges einberufen werden; ein solcher sei aber in diesem Falle nicht anzunehmen. Der Ministerpräsident scheine der Meinung zu sein, daß Mobilmachungen ganz einfach dekretirt werden könnten, und daß die Gefahr dem Ministerium das

Recht gebe, die Reserven beliebig einzuziehen. Er (Redner) könne dies nicht einsehen. Er wolle nicht auf den Gang der preußischen und russischen Politik des Näheren eingehen, könne aber nicht umhin, den Sympathien für die Bevölkerung im Königreich Polen Ausdruck zu geben, welche von der ganzen civilisirten Welt getheilt würden. Die Regierung hätte besser gethan, durch friedlichen Rath zur Milde gegen die Polen in Petersburg zu interveniren. Die jetzige Politik erinnere lebhaft an jene Zeit, wo man in der preußischen Landesvertretung den Zar für den eigentlichen Landesvater erklärte.

Ministerpräsident v. Bismarck-Schönhausen: Auf die Bemerkungen des Hrn. Vorredners, will ich erklären, daß die Dep. im „Czas“ nach den von mir eingezogenen Erkundigungen unecht ist. Was nun die Einziehung der Reserven betrifft, so beruht die Berechtigung der Regierung dazu auf dem Artikel der Verfassung, der Sr. Majestät dem Könige den Oberbefehl über die Armee beilegt. Die Reserven erst dann einzuziehen, wenn der Krieg schon ausgebrochen ist, dazu wird der Vorredner schwerlich rathen können. Am Schlusse seiner Rede bedauert der Herr Abgeordnete, daß die Regierung es nicht vorgezogen habe, eine diplomatische Einwirkung zu versuchen, um die russ. Regierung auf einen andern Weg hinzuweisen. Ich muß darauf aufmerksam machen, daß solche Rathschläge bei fremden Regierungen immer etwas sehr Mißliches haben, weil sie sehr leicht zur Reciprocität führen. (Heiterkeit.)

Ein Antrag auf Schluß wird gestellt und angenommen; zum Wort gemeldet sind noch die Abgeordneten v. Vincke (Stargardt), v. Carlowitz, Dr. Frese, Bentkowski; seitens der Abgeordneten v. Hoverbeck und v. Carlowitz ist ein Antrag eingebracht: „das Haus der Abgeordneten wolle beschließen zu erklären: Das Interesse Preußens erfordert, daß die königl. Staatsregierung gegenüber dem im Königreiche Polen ausgebrochenen Aufstande weder der russischen Regierung noch den Aufständischen irgend eine Unterstützung oder Begünstigung zuwende, demgemäß also auch keinem der kämpfenden Theile gestatte, das preußische Gebiet ohne vorgängige Entwaffnung zu betreten.“

Dieser Antrag, welcher von 134 Mitgliedern unterstützt ist, geht an eine am Donnerstag Früh besonders zu wählende Commission von 21 Mitgliedern.

Abg. v. Unruh (persönlich): Er habe von der preußischen Politik im Allgemeinen als von einer „kurzsichtigen“ gesprochen, aber davon auch das gegenwärtige Ministerium nicht ausgeschlossen. Dies Urtheil sei ein historisch feststehendes. — Er habe den Hrn. Ministerpräsidenten nicht „geschmäht.“ Wenn ferner der Hr. Ministerpräsident, dessen politische Erfahrungen in Paris und Petersburg ja bekannt genug seien, sich seine (Redners) Belehrung erbeten habe, so nehme er diese Ironie ruhig hin, da es der erste Grundsatz der Politik sei, keine persönliche Gereiztheit zu zeigen.

Das Haus geht zum zweiten Gegenstand der Tagesordnung über: Berathung des Berichts der Budget-Commission über die Etats der Verwaltung der directen und indirecten Steuern und des Salzmonopols. Zu Titel III. „Klassensteuer“, beantragt die Commission, die Regierung aufzufordern, in der nächsten Session einen Gesetzentwurf vorzulegen, durch welchen bestimmt wird, daß in Zukunft über alle wider die Klassensteuer-Veranlagung eingehenden Reclamationen in letzter Instanz eine durch die Provinzial-Vertretung für jeden Bezirk zu wählende Reclamations-Commission entscheiden soll.

Gegen diesen Antrag spricht der Abg. v. Benda: der gegenwärtige Zustand habe allerdings Mängel; das vorgeschlagene Auskunftsmittel sei aber das allerungeeignetste. Die Provinzial-Vertretung sei nicht geeignet zur Veranlagung der Klassensteuer. Die Ausführung des Antrages würde zu noch größeren Ungleichheiten führen, als zur Zeit vorhanden; die Vermögenden würden allein entscheiden. — Ebenso erklärt sich Abg. v. Patow gegen den Commissions-Antrag; er betonte namentlich, daß die Staatseinnahmen durch Ausführung des Antrags leiden würden. — Auch Abg. Dr. Waldeck hält den Vorschlag der Commission nicht für angemessen, weil die Provinzial-Vertretung an sich nicht geeignet sei zur Schaffung einer Reclamations-Commission, und weil sie überhaupt nicht zu Recht bestehe. — Abg. v. Hoverbeck: Auch er theile diese Ansicht in Betreff der Rechtsbeständigkeit der Provinzial-Landtage, ziehe aber, wo es sich um Ueberbürdung mit Steuern handle, das Ständethum der Bureaukratie vor. Deshalb sei er für den Commissions-Antrag. — Abg. Kühne gegen denselben. Es sei bedenklich, den Provinzial-Landtagen noch neue Befugnisse einzuräumen.

Der Finanzminister v. Bodelschwingh erklärt, daß die Regierung im Interesse einer gerechten Steuervertheilung sich nicht mit dem Antrag der Commission einverstanden erklären könne.

Abg. v. Forkenbeck macht zunächst darauf aufmerksam, daß nur von Provinzialvertretung die Rede sei, das Gesetz also auch auf die neu zu schaffende Provinzialvertretung angewendet werden könne, und interpellirt sodann den Minister, wie nach Wegfall der 25 % Zuschlag die Veranlagung der Einkommen- und Klassensteuer pro 1863 gegen früher sich herausstelle, in wie weit durch deren Erhöhung etwa jener Ausfall gedeckt werde; im Lande sei vielfach die Ansicht verbreitet, die Regierung sei mit ihren Steuererhöhungen schon nahe daran, den Ausfall des 25 % Zuschlags zu decken. — Der Reg.-Commissar erwidert, daß ihm das Material über die Einkommensteuer nicht vorliege; die Erhöhung der Klassensteuer habe bisher durchschnittlich etwa 110,000 Thlr. jährlich gegen das Vorjahr betragen, pro 1863 betrage sie etwa 247,000 Thlr. Von einer Deckung der 2,200,000 Thlr., welche den 25 % Zuschlag betrage, könne also nicht die Rede sein.

Abg. Michaelis: Daß die 25 pCt. in einem Jahre mittelst erhöhter Veranlagung herausgeschlagen werden sollten, werde wohl Niemand behaupten. Der Sinn des Commissions-Antrages sei, eine Ergänzung zu bilden für die Controle des Steuerbewilligungsrechts des Hauses durch die Selbstverwaltung. Der Abg. v. Patow habe ungleichmäßige Steuern für ein größeres Uebel erachtet, als hohe Steuern. Er sei entgegengesetzter Ansicht, denn die Ungleichmäßigkeit sei ohnehin nie zu vermeiden. Nachdem noch Abgeordn. Dr. Bernhardt sich gegen den Antrag erklärt, wird der Schluß der Debatte und der vom Referenten Abg. Dr. Techow nochmals befürwortete Comm.-Antrag angenommen.

Bei den fortdauernden Ausgaben hat die Comm. zu Titel IX. (sächliche und vermischte Ausgaben) beantragt, die Staatsreg. zu alljährlicher Beibringung einer Nachweisung darüber aufzufordern, wie viele Stellen von Einnehmern directer Steuern mit Einnehmern indirecter Steuern im Laufe des Jahres combinirt, event. wie viele derartige Stellen in gleichem Zeitraume von einander getrennt worden sind, in Festhaltung des Grundsatzes, daß die zur Erhebung der fiskalischen Gefälle bestehenden Kassen, soweit nur immer thunlich, zu vereinigen seien. Der Antrag wird ohne Discussion einstimmig angenommen. — Die folgenden Positionen werden gleichfalls ohne Debatte genehmigt, ebenso bei der Einnahme aus dem Salzmonopol der Commissionsantrag, die Regierung aufzufordern, eine Ermäßigung des Salzpreises baldigst herbeizuführen.

Schluß der Sitzung gegen 3½ Uhr. Nächste Sitzung Sonnabend 10 Uhr. Tagesordnung: Berathung der Etats der Verwaltung für Handel, Gewerbe und Bauwesen, der Justiz, der Forsten und Domänen, der Lotterie ꝛc.

Berlin, 18. Febr. [Amtliches.] Se. Maj. der König haben allergnädigst geruht: Dem Superintendenten Schultz in Berlin das Kreuz der Komthure des königl. Hausordens von Hohenzollern, und dem Prem.-Lieut. a. D. und Rittergutsbesitzer Grafen Aurel v. Rittberg auf Modlau bei Bunzlau die Kammerherrenwürde zu verleihen.

Der bisherige Kreisrichter Gerdes in Unna ist zum Rechtsanwalt bei dem Kreisgericht in Bielefeld und zugleich zum Notar im Departement des Appellationsgerichts zu Paderborn, mit Anweisung seines Wohnsitzes in Gütersloh, ernannt worden.

Se. Maj. der König haben allergnädigst geruht: Allerhöchstihrem General-Adjutanten, dem General-Lieutenant v. Alvensleben, die Erlaubniß zur Anlegung des von des Kaisers von Rußland Maj. ihm verliehenen weißen Adlerordens zu ertheilen. (St.-A.)

[Interpellation.] Der Abg. v. Rönne (Solingen) wird das Ministerium wegen des, den Worten der Thronrede im Oktober zuwider, in Emmerich und Aachen hergestellten Paßzwanges interpelliren.

[Der diesseitige Bevollmächtigte am russischen Hofe], Oberst v. Loën, der einige Zeit hier verweilte, hat sich auf seinen Posten zurückbegeben.

[Von dem Grafen Arnim-Boitzenburg] erscheint in den nächsten Tagen in hiesigem Verlage eine Broschüre: „Das Recht des Herrenhauses bei der Budget-Berathung.“

[Der Abg. v. Kirchmann] hat vor Kurzem seine Wiederanstellung als Vicepräsident des Appellationsgerichts in Ratibor beantragt.

Oesterreich.

Wien, 17. Febr. Die General-Correspondenz für Oesterreich versichert aus zuverlässiger Quelle, daß das Comitato Veneto (geheimes Comite in Venedig, das für die Annectirung Veneziens arbeitet) förmlich gesprengt sei; die Regierung habe die Häupter ermittelt und verhaftet.

Unruhen in Polen.

□ **Posen,** 18. Febr. Heute Früh ist hier die Nachricht von der in der verflossenen Nacht durch die Insurgenten erfolgte Einnahme der Stadt Konin eingegangen und sollen bei diesem Ueberfalle 4000 Russen zerstreut worden sein.

Die heute an den Straßenecken publicirte Bekanntmachung des Magistrats, nach welcher sich die hiesigen Hausbesitzer auf eine vergrößerte, event. auf eine verdoppelte Militäreinquartierung bereit halten sollen, da in einigen Tagen Truppenmassen in Posen einrücken werden, hat ungeheure Sensation erregt.

Allgemein spricht man davon, daß bei einem weiteren Wachsen des polnischen Aufstandes das ganze Großherzogthum Posen in Belagerungszustand erklärt werden wird.

Bei Jarocin soll, sicheren Nachrichten zufolge, ein Lager von vorläufig fünf Bataillonen errichtet werden.

In Westpreußen gestalten sich die Verhältnisse viel ruhiger als sie in den Zeitungen geschildert werden. Uns liegt ein Brief aus Culm vor, worin es heißt: „Wir leben hier ruhig und werden durch Nichts belästigt. Der Schauplatz der in Polen ausgebrochenen Unruhen ist zu weit von uns entfernt und wurden wir bis jetzt gar nicht davon berührt; alles was in hiesiger Nähe vorfiel, bestand darin, daß man einige Transporte Pulver, Säbel, Revolver ꝛc. confiscirte und die Leute gefänglich einzog. Wenngleich hier das polnische Element überwiegend ist, so hat sich in der Stadt selbst noch Niemand eine Blöße gegeben, blos ein einziger Schüler ließ sich Waffen anfertigen, der deshalb aus dem Gymnasium verwiesen wurde. Wir hatten bisher auch nicht den geringsten Grund, ängstlich zu sein.“

0—0 **Ostrowo,** 17. Febr. Heut trafen 2 Comp. Infanterie von Krotoschin hier ein, und folgt ihnen morgen aus Militsch der Stab des Ulanen-Regiments.

Nach dem „Czas“ vom 17. hatte Langiewicz mit seiner Hauptmacht ein altes Kloster auf dem sog. kahlen Berge (Lysa gora) in den Bergen vom heiligen Kreuz (Swiento Krzyz) besetzt. Die Russen, die ihn hier angriffen, wurden von einem starken Gewehrfeuer empfangen und zurückgeschlagen. Jedoch zu schwach, um die Russen zu verfolgen, ließ er ihnen Zeit, sich mit einer zweiten Colonne zu vereinigen und einen neuen Angriff auf ihn zu machen. Langiewicz zog sich nebst den Mönchen in die Wälder zurück. — Bei Ojcow erwartet man stündlich einen harten Kampf. Die Polen sollen dort von einem gewissen Kurowski angeführt werden.

Die Emissäre der „Ostsee-Zeitung“, die in Rynsk auf dem Gute des Herrn Mielzynski verhaftet worden, sind fast sämmtlich Studenten der Universität Berlin und preußische Staatsangehörige und ein einziger Pole, der österreichischer Unterthan ist. Die Erzählung von bei ihnen vorgefundenen Revolvern, Dolchen und Geld beruht auf purer Erfindung. Die jungen Leute befinden sich schon fast sämmtlich auf freiem Fuße. (Ostd. Ztg.)

Breslau, 19. Febr. [Diebstähle.] Gestohlen wurden: Kleine-Groschengasse 31 drei blaue, eine lila und eine gelbe Schürze, ein blauer Frauenrock, ein kattunenes Halstuch, zwei weiße Taschentücher und ein Paar weiße Frauenstrümpfe; einem hiesigen Uhrmacher, welcher sich in angetrunkenem Zustande von der Neuen-Weltgasse nach der Kirchstraße begab, eine silberne Ankeruhr mit Goldrand, Emaillezifferblatt und Sekundenzeiger, im Innern des Gehäuses befand sich die Nr. 23; ferner eine braunlederne gepreßte Cigarrentasche mit Messingbügel, eine kleine viereckige Horndose mit schwarz und weiß gemustertem Deckel, ein Hausschlüssel und ein niedriger Filzhut, sog. Cavour; Altbüßerstraße 18 ein weiß, roth und schwarz karrirter kattunener Frauenrock, ein weiß u. braun gemusterter kattunener Gurtrock, und eine roth und weiß gemusterte Schürze; Sonnenstr. 19 ein großes, buntes wollenes Umschlagetuch mit Fransen besetzt; Stockg. 9 ein mit schwarzem Camlott gefutterter schwarzer Tuchrock, in dessen Taschen sich ein neusilb. Feuerzeug und ein Messer mit Hornschale befand; auf d. Neumarkte eine graue Pferdedecke, gez. K. Nr. 2; Alte-Taschenstr. 17 ein Plätteisen; Ohlauerstr. 87 ein Tuchrock mit schwarzem Kalmuck gefuttert, in den Taschen befand sich ein kleines Notizbuch, eine braunlederne Brieftasche, letztere enthielt eine Aufenthaltskarte auf den Namen Leopold Großmann lautend, eine Quittung von dem Uhrmacher Alexander über 25 Sgr. und mehrere Briefe; Universitätsplatz 20, ein Faß, auf der einen Seite mit D., auf der anderen mit B. gezeichnet und außerdem noch mit Kreide beschrieben: „Goldschmidt Nr. 7“, enthaltend 13 Schock Schotenheringe.

Gefunden wurde: ein Gesindedienstbuch auf den Namen „Anna Seidel“ lautend.

[Unglücksfälle.] Am 16ten d. Abends verunglückte während der Vorstellung im Kärgerschen Circus, der Komiker N., indem derselbe von einem Pferde beim Herausführen desselben mit solcher Gewalt auf den Unterleib geschlagen wurde, daß er sofort nach seiner Wohnung gebracht, und ärztliche Hilfe in Anspruch genommen werden mußte.

Am 17. Abends nach 9 Uhr beabsichtigte eine hiesige, in der Goldenen Radegasse wohnhafte, Frau mit ihrer 2½ Jahre alten Tochter unvorsichtiger Weise noch dicht vor einer vom Ringe herkommenden Droschke den Fahrdamm der Schweidnitzerstraße zu überschreiten, wurde aber hierbei von dem Pferde zu Boden gerissen und überfahren. Die Frau mußte, obwohl sie anscheinend keine gefährlichen Verletzungen erlitten hatte, mittelst Droschke nach ihrer Behausung gebracht werden. (Pol.-Bl.)

---

† **Glogau,** 18. Febr. [Ausscheiden der unbesoldeten Stadträthe. — Freisprechung des Turn-Vereins.] Ein Ereigniß, vielleicht einzig und allein dastehend, hat sich heute hier ereignet. Die sämmtlichen unbesoldeten Magistrats-Mitglieder haben heute ihr Amt niedergelegt. Es geschah dies, weil sie sich durch die Art des Vortrages des Stadtverordneten-Vorstehers, Dannemann, über eine von dem Magistrat den Stadtverordneten zugegangene Mittheilung persönlich gekränkt und beleidigt glaubten. Unser Magistrat besteht sonach gegenwärtig nur aus den drei besoldeten Mitgliedern. Der Vorfall erregt großes Aufsehen, alles frägt: was nun? — Der Turn-Verein ist heute vom Polizei-Richter von der gegen ihn erhobenen Anklage freigesprochen worden.

Meteorologische Beobachtungen.

Der Barometerstand bei 0 Grd. in Pariser Linien, die Temperatur der Luft nach Reaumur.	Barometer.	Luft-Temperatur.	Windrichtung und Stärke.	Wetter.
Breslau, 18. Febr. 10 U. Ab.	335,10	+2,0	W. 1.	Heiter.
19. Febr. 6 U. Morg.	334,31	+0,6	W. 2.	Bed. Schnee. Reg.

Breslau, 19. Febr. [Wasserstand.] O.-P. 16 F. — Z. U.-P. 2 F. 8 Z.

Telegraphische Course und Börsen-Nachrichten.

Paris, 18. Febr., Nachm. 3 Uhr. Die 3proz. eröffnete bei vielen Verkäufen zu 70, 20, wich bis 70 und hob sich dann wieder auf 70, 05, zu welchem Course sie in matter Haltung schloß. Consols von Mittags 12 Uhr waren 92⅞ eingetroffen. — Schluß-Course: 3proz. Rente 70, 05. 4½prz. Rente 99, 25. Italienische 5prz. Rente 69, 35. 3prz. Spanier 49¾. 1proz. Spanier —. Oesterr. Staats-Eisenbahn-Aktien 511, 25. Credit-mobilier-Aktien 1206, 25. Lomb. Eisenbahn-Aktien 583, 75. Oesterreich. Credit-Aktien —.

London, 18. Febr., Nachm. 3 Uhr. Consols 92¾. 1proz. Spanier 46. Mexikaner 33¼. Sardinier 83. 5proz. Russen 96. 4½proz. Russen 93¼.

Wien, 18. Februar, Mittags 12 Uhr 30 Minuten. Fest. 5proz. Metall. 75, 90. 4½proz. Metall. 65, 50. Bank-Aktien 812. Nordbahn 188, 10. 1854er Loose 93, —. National-Anleihe 81, 80. Staats-Eisenb.-Aktien-Cert. 220, —. Creditaktien 235, —. London 115, 15. Hamburg 86, 30. Paris 45, 60. Gold —, —. Silber —, —. Böhmische Westbahn 167, 50. Lombardische Eisenbahn 270, —. Neue Loose 135, 90. 1860er Loose 98, 90.

Frankfurt a. M., 18. Febr., Nachm. 2 Uhr 30 M. Ziemlich feste Haltung in österr. Spekulationspapieren bei wenig belebtem Geschäft. Böhm. Westbahn 72⅝. Finnl. Anleihe 91⅝. Schluß-Course: Ludwigsh.-Bexbach 144½. Wiener Wechsel 101⅞. Darmst. Bankaktien 243. Darmst. Zettel-Bank 258. 5proz. Metall. 65. 4½proz. Metall. 56. 1854er Loose 78¾. Oesterr. National-Anleihe 69¼. Oesterr.-Franz. Staats-Eisenb.-Aktien 238. Oesterr. Bank-Antheile 832. Oesterr. Credit-Aktien 224½. Neueste österr. Anleihe 82⅜. Oesterreich. Elisabet-Bahn 129½. Rhein-Nahe-Bahn 32⅝. Mainz-Ludwigshafen Litt. A. 130⅝.

Hamburg, 18. Februar, Nachm. 2 Uhr 30 Minuten. Nicht begehrt. — Finnl. Anleihe 90½. Schluß-Course: National-Anleihe 69¼. Oesterr. Credit-Aktien 94¾. Vereinsbank 103. Norddeutsche Bank 107. Rheinische 99¾. Nordbahn 65¼. Disconto —. Wien —, —. Petersburg —.

Hamburg, 18. Febr. [Getreidemarkt.] Weizen loco stille, ab auswärts unverändert. Roggen loco stille, ab Danzig pr. Frühjahr zu 76 angeboten. Oel pr. Mai 32⅜—½, pr. Okt. 30⅝—½. Kaffee nur Consum-Geschäft.

Liverpool, 18. Februar. [Baumwolle.] 1500 Ballen Umsatz. — Preise ¼ niedriger als am vergangenen Freitage. Gute Qualitäten fest.

London, 18. Februar. Getreidemarkt (Schlußbericht). Weizen und andere Getreidearten unverändert. — Schönes Wetter.

Amsterdam, 18. Februar. Getreidemarkt (Schlußbericht). Weizen unverändert. Roggen per Frühjahr flau, Herbstroggen fest, sonst unverändert. Raps April 93, Oktober 80½. Rüböl Mai 52½, Herbst 46⅞.

Berliner Börse vom 18. Februar 1863.

Fonds- und Geld-Course.

	Freiw. Staats-Anleihe	4½	101½ bz.
	Staats-Anl. v. 1850, 52	4	99 bz.
	dito 1854, 55A. 57	4½	101½ bz.
	dito 1856	4½	101½ bz.
	dito 1853	4	99¼ G.
	dito 1859	5	106⅝ bz.
	Staats-Schuld-Sch.	3½	89½ bz.
	Präm.-Anleihe v. 1855	3½	130 B.
	Berliner Stadt-Obl.	4½	102¾ bz.
Pfandbriefe	Kur- u. Neumärker	3½	91¾ bz.
Pfandbriefe	dito dito	4	101¼ bz.
Pfandbriefe	Pommersche	3½	91½ B.
Pfandbriefe	dito neue	4	100½ bz.
Pfandbriefe	Posensche	4	— — —
Pfandbriefe	dito	3½	— — —
Pfandbriefe	dito neue	4	96¾ G.
Pfandbriefe	Schlesische	3½	94¾ bz.
Rentenbriefe	Kur- u. Neumärker	4	100 B.
Rentenbriefe	Pommersche	4	99¾ G.
Rentenbriefe	Posensche	4	98½ B.
Rentenbriefe	Preussische	4	99¾ bz.
Rentenbriefe	Westf. u. Rhein.	4	99½ G.
Rentenbriefe	Sächsische	4	100¼ B.
Rentenbriefe	Schlesische	4	100 bz.
	Louisdor	—	110 bz.
	Goldkronen	—	9. 7 G.

Ausländische Fonds.

Oesterr. Metall	5	65¾ bz.
dito 54r Pr.-Anl.	4	80½ B.
dito neue 100 fl.-L.	—	79¼ bz.
dito Nat.-Anleihe	5	71¼ bz.
dito Bankn. n. Whr.	—	87½ bz.
Russ.-engl. Anleihe	5	95 G.
dito 5. Anleihe	5	90 B.
dito poln. Sch.-Obl.	4	83 bz.
Poln. Pfandbriefe	4	— — —
dito III. Em.	4	89¼ B.
Poln. Obl. à 500 Fl.	4	92½ G.
dito à 300 Fl.	5	93¼ B.
dito à 200 Fl.	—	23¾ G.
Poln. Banknoten	—	— — —
Kurhess. 40 Thlr.	—	57¼ B.
Baden 35 Fl.	—	32¼ B.

Actien-Course.

	Div. 1861	Z.-F.	
Aach.-Düsseld.	3½	3½	90 bz.
Aach.-Mastricht.	3½	4	36¼ à ½ bz.
Amst.-Rotterdam	5 1/15	4	97¼ bz.
Berg.-Märkische	6½	4	106¾ bz.
Berlin.Anhalter	8¼	4	143¾ bz
Berlin-Hamburg.	6	4	124½ B.
Berl.-Potsd.-Mgd.	11	4	188½ bz.
Berlin-Stettiner	7 1/12	4	136½ bz.
Breslau-Freibrg.	6⅔	4	134½ G.
Cöln-Mindener	12¼	3½	178½ bz.
Franz. St.-Eisenb.	6 1/15	5	136½ à ¼ à ½ bz
Ludw.-Bexbach	8	4	144 G.
Magd.-Halberst.	22½	4	281 G.
Magd.-Wittenbrg.	1⅙	4	62½ bz. u G.
Mainz.-Ludw. A.	7	4	126 bz u B.
Mecklenburger	2⅞	4	68½ à 69¼ bz.
Münster-Hammer	4	4	98 bz.
Neisse-Brieger	3½	4	86¾ bz.
Niederschles.	4	4	99 bz.
N.-Schl. Zweigb.	1½	4	71½ bz.
Nordb. (Fr.-W.)	3	4	66¼ bz.
dito Prior	—	4½	— — —
Oberschles. A.	7 1/15	3½	162¼ bz.
Oberschles. B.	7 1/15	3½	142 B.
dito C.	7 1/15	3½	162¼ bz.
dito Prior A.	—	4	99 B.
dito Prior B.	—	3½	87½ bz.
dito Prior C.	—	4	97¾ B.
dito Prior D.	—	4	97¾ B.
dito Prior E.	—	3½	84⅝ bz.
dito Prior F.	—	4½	101¼ bz.
Oppeln-Tarnow.	⅚	4	61½ bz.
Prinz-W. (St.-V.)	½	4	63½ B.
Rheinische	5	4	101¼ bz.
dito (St.) Pr.	5	4	105 G.
dito Prior	—	4	95¾ B.
dito III. Em.	—	4½	99¾ G.
Rhein-Nahebahn	—	4	32½ bz.
Ruhrort-Crefeld	3 1/15	3½	96 B.
Starg.-Posener	4	3½	107 bz.
Thüringer	6⅔	4	125 bz.
Wilhelms Bahn.	—	4	62⅝ à ⅞ bz.
dito Prior	—	4	92 bz.
dito III. Em.	—	4½	97½ B.
dito Prior St.	—	4½	94 B.
dito dito	—	5	97¾ bz.

Preuss. u. ausl. Bank-Actien.

	Div. 1861	Z.-F.	
Berl. K.-Verein	5 1/12	4	117½ G.
Berl. Hand.-Ges.	5	4	103 bz. u. G.
Berl. W.-Cred.-G.	—	5	— — —
Braunschw. Bank	4	4	84 etw. bz.
Bremer „	5¾	4	106½ G.
Coburg. Credit A.	3	4	89 B.
Darmst. Zettel-B.	8⅓	4	103¼ B.
Darmst. Credb. A.	5	4	94¼ bz.
Dess. Creditb. A.	—	4	7½ etw. bz. u. G.
Disc.-Cm.-Anthl.	6	4	99½ etw. bz.
Genf. Creditb. A.	2	4	53¾ mehr bz.
Geraer Bank	5¾	4	97 B.
Hamb. Nord. Bank	5	4	106¾ B.
„ Ver.-Bank	5 1/15	4	102¾ G.
Hannov. „	4½	4	100½ B.
Leipziger „	3	4	83¾ etw. bz.
Luxembrg. „	10	4	102½ B.
Magd. Priv. „	4 1/15	4	94 Klgkt. bz.
Mein. Creditb. A.	6	4	97 B.
Minerva Bgwk. A.	—	5	36¼ etw. bz. u. G.
Oester. Creditb. A.	7¾	5	95¾ à ½ à ¾ bz.
Pos. Prov.-Bank	5 1/12	4	96 G.
Preuss. B.-Anthl.	4 1/15	4½	126 G.
Schl. Bank-Ver.	6	4	99¼ G.
Thüringer Bank	2½	4	66 B.
Weimar. Bank	4	4	89⅞ B.

Wechsel-Course.

Amsterdam	10 T.	144 bz.
dito	2 M.	143½ bz.
Hamburg	8 T.	152¼ bz.
dito	2 M.	151½ bz.
London	3 M.	6. 21½ bz.
Paris	2 M.	80⅙ bz.
Wien österr. Währ.	9 T.	87¼ bz.
dito	2 M.	86½ bz.
Augsburg	2 M.	56. 26 bz.
Leipzig	8 T.	99⅝ G.
dito	2 M.	99⅛ bz.
Frankfurt a. M.	2 M.	56. 28 bz.
Petersburg	3 W.	100¼ bz. 3M. 99⅝ bz.
Warschau	8 T.	89⅝ bz.
Bremen	8 T.	110 bz.

Berlin, 18. Febr. Weizen loco 60—73 Thlr. nach Qualität, feiner weißbunter poln. 70½ Thlr. ab Bahn bez. — Roggen loco 81—82pfd. 47¾ Thlr. ab Bahn und Kahn bez., entfernt schwimm. eine Ladung 81—82pfd. 46 Thlr. bez., Febr. 45⅞—46 Thlr. bez., Frühjahr 45¼—⅝ Thlr. bez. und Br., ½ Thlr. Gld., Mai-Juni 45½—¾ Thlr. bez. und Br., ⅝ Thlr. Gld., Juni-Juli 45¾—46 Thlr. bez. — Gerste, große und kleine 31—39 Thlr. pr. 1750 Pfd. — Hafer loco 22—23 Thlr., Lieferung pr. Febr. und Febr.-März 22½ Thlr. Br., Frühjahr 22¾ Thlr. bez., Mai-Juni 23 Thlr. Gld., Juni-Juli 24 Thlr. Br. — Erbsen, Kochwaare 46—52 Thlr., Futterwaare 43—44 Thlr. — Rüböl loco 15¼ Thlr. Br., Febr. 15⅙—5/24 Thlr. bez. und Br., 15⅙ Thlr. Gld., Febr.-März 15 1/12—⅛ Thlr. bez., April-Mai 15 1/24—⅛ Thlr. bez. und Br., 15 1/12 Thlr. Gld., Mai-Juni 15—14 23/24 Thlr. bez. und Gld., 15 Thlr. Br., Juni-Juli 14¾ Thlr. bez., Septbr.-Oktbr. 14 11/12—⅚ Thlr. bez. — Leinöl loco 15½ Thlr. — Spiritus loco ohne Faß 14 5/24—¼ Thlr. bez., Febr. und Febr.-März 14¼ Thlr. bez. und Gld., ⅓ Thlr. Br., April-Mai 14 7/12—17/24 Thlr. bez. und Br., ⅔ Thlr. Gld., Mai-Juni 14 19/24—11/12 Thlr. bez. und Br., ⅚ Thlr. Gld., Juni-Juli 15 1/12—⅙ Thlr. bez., Br. und Gld., Juli-Aug. 15 5/12—½ Thlr. bez. und Br., 5/12 Thlr. Gld., Aug.-Sept. 15⅝—¾ Thlr. bez. und Br., ⅔ Thlr. Gld., Sept.-Okt. 15¾—11/12 Thlr. bez.

Weizen wenig Geschäft. Roggen loco bleibt in feiner Waare knapp, andere Güter mehr angeboten und einiger Handel zu festen Preisen. Termine bei großer Geschäftsstille in der Tendenz fest und im Werthe wenig verändert. Hafer, Termine höher. In Rüböl hatte die gestrige Baisse eine Reaction zur Folge, indem sich das Uebergewicht der Kauflust auf alle Termine erstreckte und die Preise gleichmäßig etwas besserte. Spiritus eröffnete matt und gegen gestern in den Preisen etwas niedriger, befestigte sich aber im Laufe des Geschäfts bei nicht bedeutenden Umsätzen und schließt den gestrigen Schlußcoursen gleich. Gekündigt 20,000 Quart.

\# **Breslau,** 19. Febr. Wind: West. Wetter: regnicht. Thermometer Früh 0°. Barometer 27″ 11½‴. Die Angebote von Getreide waren heut reichlicher und zeigte sich für dieselben (Weizen ausgenommen) etwas bessere Kauflust.

Weizen wenig beachtet; pr. 85pfd. weißer 70—81 Sgr., gelber 66—74 Sgr. — Roggen etwas fester; pr. 84pfd. 50—53 Sgr., feinster über Notiz bezahlt. — Gerste beachtet; pr. 70pfd. weiße 42—43 Sgr., gelbe 38—41 Sgr. — Hafer wenig angeboten; pr. 50pfd. schlesischer 25—27 Sgr. — Erbsen, Wicken und Bohnen ohne Frage. — Oelsaaten fester. — Schlaglein gefragt. — Rapskuchen vernachlässigt; 50—53 Sgr. pr. Ctnr. — Lupinen 36—40 Sgr.

	Sgr. pr. Schff.		Sgr. pr. Schff.
Weißer Weizen	67—75—81	Wicken	35—38—40
Gelber Weizen	65—70—76		Sgr. pr. Sack à 150 Pfd. Brutto.
Roggen	49—51—53	Schlag-Leinsaat	190—210—215
Gerste	38—41—44	Winter-Raps	250—270—285
Hafer	24—26—28	Winter-Rübsen	240—260—270
Erbsen	43—48—52	Sommer-Rübsen	210—230—250

Kleesaat — rothe behauptet — ordinäre 9¾—11¾ Thlr., mittle 12¾ bis 14¼ Thlr., feine 14⅔—16¼ Thlr., hochfeine 16½—16⅚ Thlr., extrafeine über Notiz, — weiße vernachläßigt, ordinäre 8—9¾ Thlr., mittle 10¼—13½ Thlr., feine 14¾—17¼ Thlr., hochfeine 18¼—19¼ Thlr. — Schwedischer Klee 18—26 Thlr. pr. Centner.

Thymothee 6—7½ Thlr. pr. Ctr.

Kartoffeln pr. Sack à 150 Pfd. netto 15—18 Sgr.

Vor der Börse.

Rohes Rüböl pr. Ctr. loco 15⅓ Thlr., Februar 15⅓ Thlr., Frühjahr 15 Thlr. — Spiritus pr. 100 Quart à 80 % Tralles loco 13½ Thlr. Br., Februar 13¾ Thlr. Br., Frühjahr 14 Thlr. Br.

Verantwortlicher Redakteur: Dr. Stein.
Druck von Graß, Barth und Comp. (W. Friedrich) in Breslau.